

Datum	16. Juni 2004
Einreicher	CDU-Fraktion im Kreistag Uckermark
Inhalt	Weitere Ausweisung von Vogelschutzgebieten in der Uckermark

Der Kreistag hat am 28.4.2004 einen Dringlichkeitsantrag von CDU, SPD und Bauernverband mit folgendem Wortlaut und mit übergroßer Mehrheit beschlossen (DS-Nr. 73/2004):

Der Kreistag des Landkreises Uckermark lehnt die derzeit geplante Ausweisung von Vogelschutzgebieten (SPA) in der Uckermark ab.

Der Landrat wird beauftragt, entschieden und nachdrücklich bei allen Entscheidungsträgern und entsprechenden Behörden (Landesregierung, Landtag Brandenburg und Bundesumweltministerium) das Votum des Kreistages zu vertreten und darauf hinzuwirken, dass die Informationspolitik des MLUR und die Beteiligung der hier lebenden und arbeitenden Menschen wesentlich verbessert wird.

Die Landesregierung wird aufgefordert, ihre Verantwortung für Benachteiligte Regionen so wahrzunehmen, dass spürbare Verbesserungen der wirtschaftlichen Situation entstehen anstelle zusätzlicher Restriktionen und Benachteiligungen im Wettbewerb.

Ich frage in diesem Zusammenhang die Kreisverwaltung:

1. Was hat die Kreisverwaltung bisher unternommen, um diese Forderungen des Kreistages umzusetzen?
2. Wie wurde das Votum des Kreistages entschieden und nachdrücklich bei den entsprechenden Entscheidungsträgern und Behörden vertreten?
3. Wie wurde darauf hingewirkt, dass die Informationspolitik des MLUR und die Beteiligung der hier lebenden und arbeitenden Menschen verbessert wird?
4. Wie wurde die Landesregierung aufgefordert Ihrer Verantwortung gegenüber der Region gerecht zu werden?
5. Konnte der Landrat unmittelbaren Kontakt zum Ministerpräsidenten Platzeck und zum Umweltminister Birthler in dieser, die Uckermärker bewegenden Frage, herstellen? Wenn nicht, ist ein solcher Kontakt geplant?
6. Wie kann der Kreistag weiter unterstützend tätig werden?

Ich weise noch einmal auf die Folgen der Ausweisung neuer Vogelschutzgebiete hin und bitte dringend darum, den Dringlichkeitsantrag (DS-Nr. 73/2004) entsprechend ernst zu nehmen. Ein Kabinettsbeschluss dazu soll bereits im Juli erfolgen. Die Zeit drängt also. Ohne die Einbeziehung der beteiligten Ämter, Bürger und Unternehmer in der Landwirtschaft und der Industrie sehen wir in Zukunft eine weitere Einschränkung der Investitionen in der Uckermark als unabwendbar. Das muss im Sinne unserer strukturschwachen Region unbedingt verhindert werden.



Jens Koeppen
Fraktionsvorsitzender CDU-Fraktion